

**Gemeinsame Ziele von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
DIE LINKE
und SPD
für die Arbeit im Stadtrat bis 2024**

13.12.2019



Die Kooperation aus Linken, Grünen, SPD und Piraten hat in Dresden seit 2014 gemeinsam viel erreicht. Der Bau bezahlbarer Wohnungen durch die neue städtische Wohnungsgesellschaft, das Sozialticket, der Ausbau der sozialen Arbeit und der präventiven Jugendarbeit sind wichtige Beiträge zu einer sozialeren Stadt. Über 100 Millionen Euro jährlich sorgten für sichtbare Fortschritte bei Neubau und Sanierung von Schulen und Kitas. Die Entscheidungen zu einer ökologischeren Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik sind erste Schritte hin zu einer klimafreundlichen Stadt. Kunst und Kultur werden durch die bessere Förderung in ihrer ganzen Vielfalt gestärkt. Mit der Direktwahl der Stadtbezirksbeiräte, deren Ausstattung mit mehr Befugnissen und eigenen Finanzen wurde die Demokratie in den Stadtbezirken gestärkt.

Gemeinsam werden die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SPD diese Politik fortsetzen.

Der starke Einzug rechtspopulistisch-autoritärer Kräfte in den Stadtrat und den Landtag ist eine Herausforderung für unsere Demokratie. Wir verstehen unsere Kooperation im Stadtrat als ein Bündnis für ein weltoffenes, gerechtes, soziales und ökologisches Dresden. Dafür braucht Dresden eine neue Kultur des Miteinanders. Mit dieser Politik wollen wir das Vertrauen der Dresdner*innen zurückgewinnen, die heute glauben, extreme Rechte und Antidemokrat*innen hätten Antworten auf die Herausforderungen unserer modernen, digitalen und globalen Gesellschaft. Eine neue Kultur des Miteinanders schließt den Oberbürgermeister und alle Fraktionen ein, die sich klar von völkischen, nationalistischen und fremdenfeindlichen Ansinnen distanzieren. Mit diesen suchen wir Kompromisse und, wenn möglich, einen Konsens.

Bei den Zukunftsaufgaben der Dresdner Stadtpolitik kommt der Sicherung der sozialen Gerechtigkeit, dem Klimaschutz, der Energiewende und der Förderung einer demokratischen, solidarischen und inklusiven Stadtgesellschaft höchste Priorität zu. Gleichstellung, die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sowie die Bekämpfung von Armut werden in allen Bereichen, Projekten und Anträgen Berücksichtigung finden.

Wir werden folgende Themen entschlossen in Angriff nehmen:

Die Schaffung ausreichenden und bezahlbaren Wohnraums in allen Stadtteilen: Der Bestand städtischer Wohnungen der WID (Wohnen in Dresden) soll über die gesamte Stadt verteilt bis zum Jahr 2024 auf mindestens 2.500 anwachsen. Gleichzeitig werden wir die Genossenschaften bei Bauvorhaben fördern, die sie für Mieter*innen mit geringem Einkommen öffnen. Bei privaten Wohnungsbauprojekten wollen wir dafür sorgen, dass sie zur Schaffung mietpreisgebundenen Wohnraums beitragen. Zum Schutz bestehender Quartiere wollen wir Milieuschutzsatzungen einführen.

Weiterhin höchste Priorität für Bildung: Wir wollen Chancengleichheit herstellen, Schulabbrüche verhindern und Schülerinnen und Schüler mit Lernschwierigkeiten, unabhängig von ihrer familiären Herkunft, besonders fördern. Wir wollen das Investitionsvolumen von mindestens 100 Millionen Euro jährlich fortführen, um das ausstehende Sanierungsprogramm der Dresdner Schulen abzuarbeiten. Angebote der kulturellen und politischen Bildung für Menschen aller Altersgruppen sollen wohnortnah und bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Kita-Plätze garantieren: Wir möchten Eltern einen Betreuungsplatz für ihr Kind vom ersten Lebensjahr an und auch im Hort bis zum Abschluss der vierten Klasse garantieren. Garantierter Betreuungsplatz heißt für uns auch Qualitätsanspruch. Wir beschleunigen das Sanierungsprogramm und stellen dabei das Ziel in den Vordergrund, die räumliche Enge abzubauen. Dort, wo in Dresden Kinder betreut werden, schaffen wir genügend Spiel- und Grünflächen.

Klimawandel begegnen, jetzt die Weichen für ein klimaneutrales Dresden 2035 stellen: Bis 2025 sollen mindestens 50 Prozent des DREWAG-Stroms aus erneuerbaren Energiequellen stammen. Wir wirken daraufhin, dass das Dresdner Fernwärmenetz weiter ausgebaut wird. Außerdem sorgen wir dafür, dass eine Strategie erarbeitet wird, die sicherstellt, dass Dresden 2035 klimaneutral mit Energie versorgt werden kann. Mindestens ein Viertel der städtischen Gebäude soll im Jahr 2025 mit Photovoltaik-Anlagen ausgerüstet sein. Wir suchen nach Wegen, die Tarife sozialverträglich zu gestalten. Wir stellen Mittel für die Pflanzung von mindestens 500 neuen Straßenbäumen jährlich und den Erhalt von Altbäumen bereit. Grünanlagen wollen wir sichern und ausbauen, beispielsweise den Promenadenring und den Südpark.

Verkehrswende hin zu einer klimaneutralen, bezahlbaren, sicheren und stadtverträglichen Mobilität: Fußgänger*innen, Radfahrer*innen und Nutzer*innen von Bus und Bahn sind bisher benachteiligte Verkehrsteilnehmer*innen. Das wollen wir ändern. Deswegen möchten wir deutlich mehr Geld in den Ausbau und die Sanierung der Fußwege investieren. Wir finanzieren die Umsetzung des Radverkehrskonzeptes bis 2024, um den Anteil des Radverkehrs durch ein sicheres und attraktives Radwegenetz zu verdoppeln. Wir fördern autoarme Wohnquartiere und Stadtteilzentren. Den Anteil des ÖPNV wollen wir bis zum Jahr 2024 von derzeit 22 auf 25 Prozent ausbauen (Ziel 2030: 30%), indem wir z.B. die großen

Stadtbahnprojekte im Dresdner Süden zügig umsetzen und eine neue Straßenbahnstrecke durch Gruna und Striesen planen und uns im Verkehrsverbund Oberelbe für attraktivere Tarife einsetzen. Am Sozialticket werden wir festhalten.

Natur und Biodiversität schützen: Die Gestaltung und Pflege städtischer Grünflächen soll naturnah erfolgen - mit artenreichen, klimawandelverträglichen und insektenfreundlichen Pflanzungen. Zur Vernetzung bestehender Biotop sollen vor allem Gewässerläufe renaturiert und Grünzüge erweitert werden. In städtischer Hand befindliche Flächen der Dresdner Heide wollen wir aus der forstlichen Nutzung herausnehmen und naturnah bewirtschaften. Wir wollen weitere Naturschutzflächen ausweisen, z.B. elbnah in Zschieren.

Erhalt und Modernisierung des städtischen Klinikums: Wir wollen ein medizinisches Zukunftskonzept für unser Städtisches Klinikum initiieren, das auf die eigenen Stärken setzt und sinnvolle Kooperationen mit anderen Kliniken in Dresden einschließt. Wir wollen sicherstellen, dass die dafür notwendigen Investitionen in den nächsten Jahren getätigt werden können. Die vorhandenen Effizienzreserven wollen wir im Sinne eines wirtschaftlicheren Betriebes erschließen. Eine gute Gesundheitsversorgung ist für uns ein besonders wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dazu gehören auch gute Arbeitsbedingungen und Tarifentlohnung für die Mitarbeiter*innen.

Kunst und Kultur in allen Stadtteilen: Jeder Stadtteil Dresdens soll bis 2025 über ein Kultur- und Nachbarschaftszentrum verfügen. Darunter verstehen wir soziale und kulturelle Treffpunkte, die allen Anwohner*innen offenstehen. Die kommunale Förderung soll so weiterentwickelt werden, dass die Künstler*innen gute Bedingungen und eine faire Bezahlung für ihre Arbeit erhalten können, indem wir die Zuwendungen deutlich erhöhen. Kulturhauptstadtprojekte sollen unabhängig vom Erfolg der Bewerbung fortgeführt werden.

Kinder- und Jugendhilfe, Beteiligungsoffensive: In den letzten fünf Jahren ist Dresden im bundesweiten Vergleich Vorreiterin für präventive Angebote geworden. Die personelle Ausstattung der Jugendhilfeangebote wollen wir mindestens auf dem erreichten Niveau beibehalten. Wir wollen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen Prozessen in der Stadt weiter voranbringen. Von jungen Menschen selbstverwaltete Jugendangebote und -treffs sollen dabei helfen, neue Freiräume nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten.

Der Spaltung der Stadtgesellschaft und extremen rechten Kräften entgegenwirken: Wir werben weiter um das Vertrauen der Dresdnerinnen und Dresdner in die Stadtpolitik und in die Verwaltung, indem wir uns für einen weiterhin handlungsfähigen Stadtrat einsetzen und den Konsens der demokratischen Kräfte suchen. Die neuen vielfältigen Mitwirkungsmöglichkeiten im Rahmen der Bürger*innenbeteiligungssatzung werden wir aufzeigen, damit sie Wirkung entfalten. Wir wollen eine Versammlungsbehörde, die das wichtige zivilgesellschaftliche Engagement gegen menschenfeindliche Positionen nicht behindert, sondern einen Protest in Sicht- und Hörweite ermöglicht.

Soziale und starke Stadtteile: Die sozialen Angebote in den Stadtteilen wollen wir erweitern und bestmöglich aufeinander abstimmen, damit jede*r die Unterstützung erhält, die er*sie braucht; das gilt insbesondere für in Armut lebende Menschen. Dabei wollen wir gezielt und wertschätzend die vorhandenen ehrenamtlichen Strukturen einbinden und soziale Aufgaben mit kulturellen, sportlichen und weiteren Angeboten verbinden. Wir werden die Stadtbezirke durch die Erhöhung der Budgets von 10 auf 25 Euro pro Einwohner*in weiter stärken. Darüber hinaus kämpfen wir weiterhin dafür, die Kompetenzen der Stadtbezirksbeiräte zu erweitern.

Gemeinwohlorientierte Stadtplanung: Als Modellprojekt für die zukünftige gemeinwohlorientierte Stadtplanung in Dresden mit breiter Bürger*innenbeteiligung wollen wir die Leipziger Vorstadt mithilfe entsprechender Bebauungspläne zu einem sozial durchmischten Wohn- und Geschäftsviertel mit hoher Aufenthaltsqualität, Freiräumen und einem hohen Grünanteil entwickeln.

Sport frei! Die Bedingungen für den Sport verbessern: In einer immer dichter besiedelten Stadt müssen geeignete Flächen für Freizeitgestaltung, Erholung, Spiel und Sport zur Verfügung stehen. Den Vereinssport wollen wir weiter stärken, für den wettkampforientierten Breitensport bessere Bedingungen schaffen und den Sanierungsstau der Sportanlagen abbauen. Wir wollen Sportflächen entwickeln, die multifunktionale Angebote in verschiedenen Sportarten für verschiedene Altersstufen ermöglichen.

Bürgerfreundliche und effiziente Verwaltung: Die Verwaltung muss den Bürger*innen transparent ihr Handeln erklären und sie in ihren Eigeninitiativen für eine lebenswerte Stadt lösungsorientiert unterstützen. Mit Hilfe eines Personalkonzeptes sollen Ausbildung, Ausschreibungen und Stellenbesetzungen so vorgenommen werden, dass die Aufgaben der Stadtverwaltung jederzeit auf hohem Niveau erledigt werden können.

Der sozialen Verantwortung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gerecht werden: Wir werden die Möglichkeiten eines neuen Sächsischen Vergabegesetzes nutzen und bei Ausschreibungen der Stadt auf Nachhaltigkeit achten und soziale Kriterien berücksichtigen. Damit meinen wir insbesondere: faire Löhne, Gleichstellung und Chancengleichheit, Beschäftigung von Schwerbehinderten, Auszubildenden, Langzeitarbeitslosen.

Digitalisierung fördern: Nicht nur für eine erfolgreiche Wirtschaft und eine exzellente Wissenschaftsstadt braucht Dresden eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur. Wir wollen die kommunalen Möglichkeiten der Digitalisierung für Bildung, Information, Kommunikation und Kooperation der Bürger*innen, z.B. durch Open Source, Freifunk und Medienkompetenzförderung, ausschöpfen. Dabei beachten wir Datenschutz, Mitbestimmung und individuelle Freiheit.

Migration und Integration: Dresden soll zu einem sicheren Hafen für Menschen in Not werden, indem wir die Bereitschaft erklären, auf dem Mittelmeer gerettete Menschen in Dresden aufzunehmen. Wir werden weiter daran arbeiten, Dresden zu einer vorbildlichen Stadt der Integration zu entwickeln, und unterstützen jegliches Engagement gegen

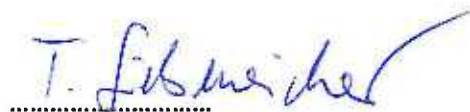
fremdenfeindliche Tendenzen. Wir unternehmen mit aller Kraft einen neuen Anlauf zur Schaffung eines interkulturellen Zentrums als Begegnungsort auf dem Areal des Kraftwerk Mitte.

Die vorstehenden Vorhaben und daraus abgeleiteten konkreten Projekte wollen wir durch gemeinsame Anträge realisieren. Insbesondere wollen wir sie gemeinsam in den Doppelhaushalten 2021/22 und 2023/24 verankern. Darüber hinaus wird im Sinne der vorstehenden Ziele eine gegenseitige Unterstützung von Initiativen im Stadtrat angestrebt.



Christiane Filius-Jehne

Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen



Tina Siebeneicher

Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen



André Schollbach

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE



Dana Frohwieser

Fraktionsvorsitzende SPD